



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend
über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für
Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	4
Unser Bundestagskandidat im Wahlkreis 160 Dresden II / Bautzen II, Dipl. Ing. Holger Prade steht Ihnen Rede und Antwort	4
PRESSEMITTEILUNGEN der Landtagsabgeordneten aus dem Kreis Bautzen	4
Kita-Betreuung: Mehr Personal statt „offene Konzepte“	4
Hilfe für Hochwasseropfer nicht in Sicht	5
Termine – Kreisverband Bautzen.....	6
Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag	7
Jetzt AfD-Mitglied werden!.....	7
Webseite Karsten Hilse, MdB	7
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag 8	
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 22.8.2021	8
PRESSEMITTEILUNGEN vom 23.8.2021	10
Euro-Desaster: Rekord-Inflation – Alles wird teurer	10
Neue Zustände in Sachsen – Erneut „Mann“ in Leipzig erstochen!	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 24.8.2021	11
Allgemeinheit soll grüne Spinnereien bezahlen	11
Neue Corona-Verordnung: AfD klagt gegen Grundrechtseinschränkung für ungeimpfte, gesunde Bürger.....	12
AfD-Anfrage: Zahl der Islamisten in Sachsen deutlich gestiegen.....	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 25.8.2021	13
AfD-Anfrage deckt auf: Linke Gewalt gegen Polizisten stark gestiegen	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 26.8.2021	14
Ausrangierte Staatssekretäre: Spitzenbeamte kassieren 630.437 € fürs Nichts-Tun.....	14
Neues von der Alternative für Deutschland	15
PRESSEMITTEILUNGEN vom 23.8.2021	15



Baerbock will über 50.000 Afghanen nach Deutschland holen!	15
Flucht vermeiden, Österreichs Beispiel folgen!	15
PRESSEMITTEILUNGEN vom 24.8.2021	16
Vergewaltiger und Drogenhändler kamen mit „Evakuierungs-Maschine“ aus Afghanistan!.....	16
PRESSEMITTEILUNGEN vom 27.8.2021	17
3G im Bahnverkehr ist Politik der Einkreisung gesunder Bürger.....	17
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	18
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 21./22.8.2021	18
COVID-19-Fälle steigen über das Vierfache!.....	18
PRESSEMITTEILUNGEN vom 24.8.2021	18
Forderung nach jährlich 400.000 zusätzlichen Zuwanderern ist unbegreiflich	18
Corona-Maßnahmen aufheben, statt an ihnen herumdoktern.....	19
Bildungspolitiker müssen parteiübergreifend und ohne ideologische Scheuklappen kommende Bildungskrise bekämpfen	19
PRESSEMITTEILUNGEN vom 25.8.2021	20
Instrumentalisierung der Flutkatastrophe ist erbärmlich.....	20
AfD-Fraktion fordert das Ende der Feststellung der epidemischen Lage	20
PRESSEMITTEILUNGEN vom 26.8.2021	22
Eine unkontrollierte zivile Luftbrücke aus Afghanistan darf es nicht geben	22
PRESSEMITTEILUNGEN vom 27.8.2021	22
Deutschland sollte Türkei bei der Grenzsicherung unterstützen	22
Video-Empfehlungen	23
Wahlwerbespots der Alternative für Deutschland in Funk und Fernsehen	23
Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	23
Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	23
Kanal von AfD Kompakt TV	23
Wochenendpodcast der AfD.....	23
AfD im EU-Parlament.....	23
Meldungen aus Deutschland und der Welt	24
Vermischtes aus Deutschland und der Welt.....	24
40 Kilometer lang: Die neue Grenzmauer der Griechen ist fertig	24
Der Bundesverfassungsschutz lässt sich politisch instrumentalisieren	24
Informationen zum Coronavirus	24
Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard	24



Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard	24
Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands	24
Herzstillstand! Deutscher stirbt am Strand von Mallorca	24
"Nichtgeimpfte müssten in letzter Konsequenz zu Hause bleiben" – Debatte um "2G" nimmt Fahrt auf.....	24
Corona-Infos für Sachsen	25
Sächsische Corona-Schutz-Verordnung.....	25
Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen	25
Corona-Statistik Landkreis Bautzen	25
Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“.....	25
Abgeschobener Straftäter mit Evakuierungsfieger aus Kabul nach Deutschland gebracht	25
Baerbock will mindestens 50.000 Afghanen nach Deutschland holen	25
Bautzen: Angriff auf Seniorin – Zeugen gesucht.....	25
Fakten in Bildern	26
Entscheidungshilfe zur Bundestagswahl	26
Achtung Satire!	28
Kommunalmandate im KV Bautzen	29
PRESSE-ARCHIV.....	29
SPENDENKONTO.....	29
KONTAKT:.....	29



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Unser Bundestagskandidat im Wahlkreis 160 Dresden II / Bautzen II, Dipl. Ing. Holger Prade steht Ihnen Rede und Antwort



Termine Bürgerfragestunde

Ort: Radeberg, Dresdner Straße 7

Samstag, 28. August 2021, 13 Uhr bis 14 Uhr

Herr Prade war viele Jahre Unternehmer, ist Zertifizierter Sachverständiger, schreibt Bücher und arbeitet seit 2017 als Büroleiter im Deutschen Bundestag.

Er ist Listenkandidat für die Bundestagswahl am 26. September 2021 im Wahlkreis Dresden II - Bautzen II, WK 160.

Schauen Sie doch einfach mal vorbei. Wir freuen uns auf Sie und Ihre

Fragen.

Dipl. Ing. Holger Prade

PRESSEMITTEILUNGEN der Landtagsabgeordneten aus dem Kreis Bautzen

Kita-Betreuung: Mehr Personal statt „offene Konzepte“

Den sächsischen Kita-Kindern steht deutschlandweit mit am wenigsten Personal zur Verfügung, fand eine Studie der Bertelmann-Stiftung heraus. Im Freistaat betreut eine Erzieherin in der Krippe 5,5 [Kinder](#) und im Kindergarten 11,7 Kinder. Deutschlandweit werden im Schnitt 4,1 bzw. 8,7 Kinder betreut. Experten verlangen einen noch niedrigeren Personalschlüssel.

[Doreen Schwietzer](#), familienpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, erklärt:

„Von kindgerechter Betreuung kann man in den sächsischen Kitas schon lange nicht mehr sprechen. Die meisten Kitas arbeiten nach dem sogenannten offenen Konzept ohne feste Gruppen, bei dem sich die Kinder mehr oder weniger selbst überlassen sind. So soll der eklatante Personalmangel kaschiert werden. Die Auswirkungen: Vielen Kindern fehlen die Nestwärme und die Bindung an eine Bezugsperson. Sensible Kinder kommen hier schnell unter die Räder.“

Auf diese Missstände weist die AfD-Fraktion bereits seit Jahren hin. Wir haben mehrmals einen verbesserten





Personalschlüssel beantragt und in allen Haushaltsverhandlungen dafür geworben (Drs. 6/1549). Die anderen Parteien haben unsere Forderung für das Wohl unserer Kinder immer abgebügelt.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/kita-betreuung-mehr-personal-statt-offene-konzepte/>

Hilfe für Hochwasseropfer nicht in Sicht

Am 17. Juli 2021 waren mehrere Kommunen im Bautzener Oberland von einem schweren Hochwasser betroffen. Am 29. Juli meldete das Landratsamt Bautzen eine erste Schadensschätzung an die Landesdirektion Sachsen.



Frank Peschel, AfD-Wahlkreisabgeordneter erklärt:

„Die vom Landratsamt gemeldete Schadenshöhe beträgt rund 16,9 Millionen Euro. Davon 8 Millionen Euro Schäden an privaten Haushalten.

Wohlwissend, dass sie über die Schadenshöhe informiert wurde, hat die Staatsregierung es bis heute nicht geschafft, Gelder oder andere Hilfsleistungen bereitzustellen.

Vielmehr entsteht der Eindruck, dass in

Dresden auf Zeit gespielt wird, in der Hoffnung, dass sich viele Probleme vor Ort selbst lösen.

Die Antwort der Staatsregierung auf meine Anfrage liest sich nach Untätigkeit, bürokratisch und verspricht keine zeitnahe Hilfe. Innenminister Prof. Dr. Wöllner verweist lediglich auf die Unterstützung durch den bundesweiten Fonds „Aufbauhilfe 2021“.

Auch wurde mir keine Auskunft gegeben, ob Hochwasserhilfe für den Landkreis Bautzen überhaupt ein Thema bei der nächsten Kabinettsitzung ist. Stattdessen erhielt sich die Antwort: `auf Ihre Frage nach dem Zeitpunkt der Behandlung von Regelungen zur Elementarschadensbeseitigung kann und darf keine Auskunft geben werden`.

Diese Untätigkeit der Staatsregierung ist für mich nicht nachvollziehbar. Es gibt viele kleine Schicksale, die jetzt Unterstützung brauchen. Je länger dieser Zustand anhält, desto mehr fühlen sich die Bürger und Kommunen von Dresden im Stich gelassen.“

Frank Peschel
24.8.2021

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=947495425809673&set=a.113394959219728>



Termine – Kreisverband Bautzen

Sa	28.08.21	13.00-14.00 Uhr	Bürgerbüro Dresdner Str. 7 01454 Radeberg	BÜRGERFRAGESTUNDE Holger Prade, Listenkandidat zur Bundestagswahl im Wahlkreis Dresden II/Bautzen II Wahlkreis 160
Mo	30.08.21	19.00 Uhr	Waiki-Sportbar An den Sportanlagen 1 02699 Königswartha	Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm - Was die AfD wirklich will!
Di	31.08.21	19.00 Uhr	Häuslerschenke Rachlau Rachlau 52 02997 Wittichenau	Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm - Was die AfD wirklich will!
Do	02.09.21	19.00 Uhr	Sachsenkrone Poststr. 1B 01896 Ohorn	Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm - Was die AfD wirklich will!
Di	07.09.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Di	07.09.21	19.00 Uhr	Hotel Evabrunnen Altmarkt 30 01877 Bischofswerda	Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm - Was wäre wenn?
Mi	08.09.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Friedrichsstr. 9 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	08.09.21	19.00 Uhr	Kulturfabrik Hoyerswerda Braugasse 1 02977 Hoyerswerda	1. WAHLFORUM der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung mit den Direktkandidaten der Parteien zur Bundestagswahl 2021
Do	09.09.21	10.00-13.00 Uhr	Reichenstraße Bautzen auf dem Stern (bei dm)	INFOSTAND AfD Kreisverband Bautzen und Karsten Hilse, MdB
Do	09.09.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	09.09.21	18.30 Uhr	Hotel Stadt Königsbrück Weißbacher Str. 20-22 01936 Königsbrück	Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm - Was die AfD wirklich will!
Fr	10.09.21	19.00 Uhr	Herzogs Restaurant Alte Bahnhofstr. 4 02999 Lohsa	Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm - Was die AfD wirklich will!

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>



Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag

Jetzt AfD-Mitglied werden!

Es ist gut möglich, dass das Jahr 2021 zu einem Jahr der folgenschweren politischen Richtungs-Entscheidungen werden könnte – neben der Bundestagswahl im Herbst stehen zahlreiche Landtagswahlen in den Bundesländern an. Auf Bundesebene droht erstmals eine Regierungs-Vermählung der ohnehin vergrünten Merkel-CDU mit den Grünen. Dieses Szenario wollen wir unbedingt verhindern – und vor allem für eine noch stärkere AfD im Bundestag sorgen! Hier ist Ihre Gelegenheit, uns dabei zu unterstützen und Teil einer großartigen Gemeinschaft zu werden!

Acht Jahre nach ihrer Gründung am 6. Februar 2013 ist die AfD mit rund 32.000 Mitgliedern bereits eine große Familie, die für eine grundlegende politische Erneuerung eintritt. Doch diese Familie könnte noch größer sein! Jedes einzelne Mitglied ist von großem Nutzen, denn im Vergleich zu den alten Ex-Volksparteien haben wir bei den Mitgliederzahlen immer noch eine große Wachstumsphase vor uns. Und falls Sie sich noch nicht endgültig für einen Beitritt entscheiden möchten: Schauen Sie doch einmal bei einer AfD-Veranstaltung in Ihrem Umkreis vorbei und machen Sie sich selbst ein Bild! Oder noch besser: Füllen Sie hier gleich Ihren Mitgliedsantrag aus und leisten Sie damit Ihren Beitrag dazu, dass Deutschland eine freie, rechtsstaatliche und lebenswerte Zukunft haben wird: www.jetztafd.de



Webseite Karsten Hilse, MdB

Die Internetseite unseres Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse ist online. Unter www.karstenhilse.de können Sie sich immer über ihn und seine Arbeit informieren.



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 22.8.2021

Liebe Freunde, liebe Leser,

wenn in den nächsten Jahren die CO₂-Bepreisung noch einmal verdoppelt wird, dürfte das vor allem einen Effekt haben: Viele Unternehmen werden das Weite suchen und sich in Ländern mit niedrigeren Lohnkosten, Steuern und Umweltstandards niederlassen. Schließlich müssen sie im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig bleiben.

Für Sachsen und Deutschland bedeutet das dann den Verlust unzähliger Arbeitsplätze. Für die Umwelt bedeutet es: eine höhere Belastung durch längere Transportwege und mehr statt weniger Verschmutzung, denn die Unternehmen werden Staaten mit einer sehr lockeren Umwelt-Gesetzgebung bevorzugen.

Wie schnell in Zeiten der Globalisierung Arbeitsplätze wegbrechen können, haben dabei viele Sachsen schon einmal leidvoll erleben müssen: Bis in die 1980er-Jahre zählte die Textilindustrie mit rund 300.000 Beschäftigten zu den Schlüsselbranchen in Sachsen. Inzwischen finden sich jedoch nur noch 16.000 Beschäftigte in diesem Gewerbe.

Die Konzerne lassen währenddessen lieber unter erbärmlichen Bedingungen in Bangladesch, Kambodscha oder Pakistan produzieren und betreiben in Europa ein ausgeklügeltes „Greenwashing“, um ihr Image gegenüber ihren Kunden und der Politik gleichermaßen aufzupolieren.

Linke Globalisierungskritiker sind in diesem Moment meist zur Stelle und prangern die Ausbeutung der Dritten Welt durch unverantwortliche Konzernlenker an. Doch dieser Appell an die Moral bringt nur wenig und geht übrigens auch an der Realität vorbei.

Denn wie Siegfried Kohlhammer eindrucksvoll in seiner Studie mit dem Titel „Auf Kosten der Dritten Welt?“ belegt hat, zahlen multinationale Konzerne in Entwicklungsländern in der Regel die höchsten Löhne und tragen weniger zur Umweltverschmutzung bei als einheimische Unternehmen.





Die Ausbeutungsthese ist daher naiv und weltfremd. Zudem zielt sie lediglich darauf ab, den Europäern eine Schuld an der Rückständigkeit anderer Weltregionen einzureden, die in keiner Weise zutrifft.

Richtig ist hingegen, dass die Altparteien der Umwelt einen Bärendienst erweisen, indem sie Unternehmen ins Ausland regelrecht vergraulen. Dabei ließe sich diese Tendenz auch umkehren. Der ehemalige US-Präsident Donald Trump verfolgte z.B. eine konsequente Politik der Rückverlagerung von Produktionsstätten, die in der Fachwelt als „Reshoring“ bezeichnet wird.

Der Ansatz dieser Politik besteht darin, den Bedeutungsverlust manueller Tätigkeiten durch die fortschreitende Automatisierung und Digitalisierung als eigenen Standortvorteil zu nutzen.

Wenn etwas nicht mehr per Hand produziert werden muss, sondern die Bedienung einer Maschine in den Vordergrund rückt, sind hochqualifizierte Mitarbeiter und kurze Entscheidungswege erforderlich. Gerade in der Textilbranche hat daher das „Reshoring“, die Rückverlagerung, längst begonnen.

Was wäre also zu tun? Statt Arbeit und Energie immer weiter zu verteuern, sollten insbesondere strukturschwache Regionen wie die Lausitz um zurückkehrende Unternehmen buhlen und sie mit Steuervergünstigungen ködern.

Die CDU-geführte Staatsregierung von Ministerpräsident Michael Kretschmer müsste sich dazu für eine Sonderwirtschaftszone oder eine vergleichbare Maßnahme einsetzen. Anders lässt sich der durch den überhasteten Kohleausstieg bevorstehende Strukturwandel nicht meistern.

Besonders wichtig ist mir, dass eine klug durchgeführte Politik mit dem Ziel der Rückverlagerung von Produktionsstätten sowohl Arbeitsplätze schafft als auch der Umwelt zugutekommt.

Deshalb sollten wir genau diesen Weg einschlagen und im besten Fall an alte, sächsische Traditionen anknüpfen.

Bis nächsten Sonntag,
Ihr Jörg Urban

PS: In einem Positionspapier hat unsere sächsische AfD-Fraktion „Reshoring“ zum „patriotischen Minimum der Wirtschaftspolitik“ erklärt und die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen gefordert. Mehr dazu findet sich hier: <https://afd-fraktion-sachsen.de/positionspapier-wirtschaftspolitik/>

<https://www.facebook.com/joerg.urban.mdl/photos/a.922706534487911/4284895611602303/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 23.8.2021

Euro-Desaster: Rekord-Inflation – Alles wird teurer

Die Preise sind in Deutschland so drastisch gestiegen wie seit 46 Jahren nicht mehr. Laut FAZ stiegen die Erzeugerpreise um 10,4 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Diese Erzeugerpreise treiben mit etwas Verzögerung die Inflation voran und Experten rechnen mit fünf Prozent Geldentwertung in den nächsten Monaten. Treiber der Inflation waren vor allem Rohstoffpreise und die neue CO2-Steuer.



Jörg Urban, AfD-Fraktionsvorsitzender, erklärt:

„Wenn die EZB Billionen neues Geld druckt, verteuern sich automatisch Rohstoffe sowie Energie und damit unser gesamtes Leben. Diese massive Geldentwertung und Enteignung der Sparer ist unverantwortlich und hätte es so zu D-Mark-Zeiten nie gegeben. Die Bürger können für ihr Geld immer weniger kaufen, das Leben wird auf breiter Front teurer.

Schuld daran sind die Rettung der südeuropäischen Pleiteländer und die neuen Schulden von EU-Chefin von der Leyen für ihren planwirtschaftlichen Klima-Sozialismus namens ‚Green Deal‘. Die Vertreter der Bundesbank werden

in der EZB regelmäßig von den hochverschuldeten Staaten überstimmt, wenn sie sich gegen diese Ausplünderung der Deutschen wehren.

Seit ihrer Gründung weist die AfD auf die Fehlkonstruktion Euro hin. Die deutschen Bürger müssen dauerhaft fremde Schulden übernehmen und unter Negativ-Zinsen leiden. Dabei ist Deutschland nicht einmal beim Export in die Euro-Länder erfolgreich. Denn, die verkauften Produkte sind noch nicht bezahlt, sondern nur innerhalb der sogenannten Target-Konten angeschrieben. Mittlerweile hat Südeuropa über eine Billion Euro bei der Bundesbank angeschrieben. Diese Summe ist verloren, falls sich diese Staaten doch vom Euro verabschieden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/euro-desaster-rekord-inflation-alles-wird-teurer/>



Neue Zustände in Sachsen – Erneut „Mann“ in Leipzig erstochen!

Am Wochenende wurde am Leipziger Bahnhof erneut ein „Mann“ erstochen. Laut Polizei spielte sich die Messerattacke im Drogenmilieu ab. Bei vorangegangenen Bluttaten an der gleichen Stelle kamen die Täter aus Tunesien und Nigeria. Das legt die Vermutung nahe, dass es sich auch dieses Mal um einen zugewanderten Täter handeln könnte.

Gleichzeitig wurde bekannt, dass der Tatverdächtige einer Schießerei vom Freitag in der Leipziger Eisenbahnstraße aus Afghanistan stammt.



Sebastian Wippel, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt:

„Messerstechereien und Schießereien auf offener Straße sind in dieser Häufigkeit ein neues Phänomen in Sachsen. Vor 2015 gab es diese Zustände nicht in diesem fast alltäglichen Ausmaß in Sachsen. Damit ist die Ursache dieser dramatischen Entwicklung klar: Seit die CDU die Grenzen für alle geöffnet hat, nutzen auch viele Kriminelle diese Möglichkeit, um sich in Deutschland illegal zu bereichern. Zusätzlich werden Straftäter im Freistaat nur selten abgeschoben, weil ihnen in der Heimat angeblich harte Strafen drohen könnten.“

Der CDU-geführten Landesregierung muss der Schutz der eigenen Bürger endlich mehr Wert sein, als der Schutz von kriminell gewordenen Asylbewerbern. Zudem müssen die Grenzen öffentlichkeitswirksam für illegale Asyleinwanderer geschlossen werden. Die EU muss Asylzentren außerhalb der EU-Grenze betreiben und Kriminellen von vornherein den Zutritt verwehren. Nur so können wir wieder eine Sicherheit auf Sachsens Straßen herstellen, die früher normal war.“

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/4272325062836979>

/

PRESSEMITTEILUNGEN vom 24.8.2021

Allgemeinheit soll grüne Spinnereien bezahlen

Die Grünen wollen eine Milliarde Steuergeld ausgeben, um damit Lastenräder zu subventionieren. Wieder einmal soll die Allgemeinheit grüne Spinnereien finanzieren, die die gescheiterte Energiewende angeblich voranbringen würden.

Diese krasse Klientel-Politik für eine kleine städtische Minderheit grenzt schon an kommunistische Umverteilung. Auf dem Lande haben die Menschen jedenfalls nichts von der Milliarden-Förderung. Und auch in den Städten dürften bald viele Autofahrer ein böses Erwachen haben, wenn Autospuren zu Radwegen für die sperrigen Lastenräder umgebaut werden.





An dieser Stelle muss allerdings nicht nur vor den Grünen gewarnt werden. Die CDU wird sehr wahrscheinlich eine Koalition mit den Grünen eingehen und weiter jeden grünen Unsinn mitmachen. Schon bisher hat sich die Laschet-Partei von den Öko-Fundamentalisten am Nasenring durch die Manege führen lassen.

<https://www.facebook.com/AfD.Sachsen/photos/a.322068014589056/3990775674384920/>

Neue Corona-Verordnung: AfD klagt gegen Grundrechtseinschränkung für ungeimpfte, gesunde Bürger

Zur neuen Corona-Verordnung in Sachsen erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende, [Jörg Urban](#):



„Die neue Verordnung benachteiligt massiv alle ungeimpften, gesunden Bürger. Diese Diskriminierung und willkürliche Einschränkung von Grundrechten lehnen wir entschieden ab. Zumal alle Impfstoffe nur eine Notfall-Zulassung haben und die langfristigen Nebenwirkungen noch nicht untersucht wurden. Wir werden gegen diese Impfpflicht durch die Hintertür klagen.“

Zudem ist die Ungleichbehandlung aus medizinischer Sicht nicht mehr vertretbar. Inzwischen weisen selbst Gesundheitsbehörden darauf hin, dass auch Geimpfte sich infizieren und die Infektion weitergeben können. Insbesondere bei der jetzt dominierenden Delta-Variante ist die Viruslast bei

Geimpften ähnlich hoch wie bei Nicht-Geimpften.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/neue-corona-verordnung-afd-klagt-gegen-grundrechtseinschraenkung-fuer-ungeimpfte-gesunde-buerger/>

AfD-Anfrage: Zahl der Islamisten in Sachsen deutlich gestiegen

Die Zahl der Islamisten hat sich in Sachsen um 22 Prozent deutlich erhöht. Laut AfD-Anfrage (7/7039) stieg ihre Zahl seit 2018 von 430 auf 525 Personen. Auch die Zahl der Jihadisten nahm von ca. 15 – 30 auf ca. 30 – 50 Gotteskrieger zu (genauere Angaben machte der Verfassungsschutz nicht). Diese Personen sind bereit, gegen Ungläubige in den heiligen Krieg zu ziehen und auch terroristische Anschläge zu verüben.

[Carsten Hütter](#), sicherheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt:

„Mir machen diese Zahlen Angst. Erst im letzten Jahr erstach ein Islamist einen Mann in Dresden und verletzte einen weiteren schwer. Seit Jahren wächst die Zahl der religiösen Fanatiker in Sachsen und die CDU-geführte Landesregierung schaut tatenlos zu.“





Es gibt in Plauen und in Leipzig jeweils eine radikal islamistische Moschee, in denen Muslime zum Hass gegen Ungläubige aufgestachelt werden. Die AfD verlangt von der Regierung, die Hass-Prediger auszuweisen und die Moscheen zu schließen.

Vor diesem Hintergrund ist es auch bedenklich, dass Bunderegierung und US-Armee jetzt tausende Afghanen ohne umfassende Kontrollen nach Deutschland einfliegen. Hier können sich weitere Islamisten und Terroristen unter die Ortskräfte mischen. Die AfD fordert eine heimatnahe Unterbringung der Afghanen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-zahl-der-islamisten-in-sachsen-deutlich-gestiegen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 25.8.2021

AfD-Anfrage deckt auf: Linke Gewalt gegen Polizisten stark gestiegen

Angriffe auf Polizeistationen und Straftaten gegen Polizisten haben im letzten halben Jahr drastisch zugenommen. Eine AfD-Anfrage (7/7036) fand heraus, dass sich die Attacken auf Polizeireviere in Sachsen sogar verdreifacht haben. So wurde allein die Polizeistation in Leipzig-Connewitz viermal von Linksextremisten angegriffen und dabei mehrmals die Scheiben zerstört.



[Carsten Hütter](#), sicherheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt:

„Die linke Gewalt gegen Polizeistationen wird immer schlimmer in Sachsen. Seit Jahren schaut die CDU-geführte Staatsregierung diesem Treiben tatenlos zu und lässt ihre eigenen Beamten im Stich. Entgegen aller Statistiken über politische Gewalttaten behauptet sie fortwährend, die große

Gefahr würde ausschließlich von ‚rechts‘ kommen.

Zusätzlich haben die Linksextremisten Auftrieb erhalten, als die CDU die Grünen in die Regierung geholt hat. Diese Partei ist praktisch der parlamentarische Arm der linksradikalen Szene. Zur Krönung machte Ministerpräsident Kretschmer sogar die Grüne Katja Meier zur Justizministerin, die früher ‚Advent, Advent, ein Bulle brennt‘ musizierte.

Die AfD fordert die Regierung auf, linke Gewalttäter endlich konsequent zu verfolgen. Dazu gehört auch, linksradikale Vereine nicht mehr mit Millionen Euro Steuergeld zu finanzieren.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-deckt-auf-linke-gewalt-gegen-polizisten-stark-gestiegen/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 26.8.2021

Ausrangierte Staatssekretäre: Spitzenbeamte kassieren 630.437 € fürs Nichts-Tun

Neun aussortierte Staatssekretäre kassierten letztes Jahr in Sachsen insgesamt 630.437 Euro fürs Nichts-Tun. Laut AfD-Anfrage (7/7133) versetzte die Landesregierung die Beamten in den einstweiligen Ruhestand, statt ihnen für ihre weitere Entlohnung eine andere Tätigkeit in der Verwaltung zu geben.

[Holger Hentschel](#), AfD-Abgeordneter, erklärt:

„Die Spitzen-Beamten sitzen jetzt mit üppiger Bezahlung auf dem Sofa, während Millionen Sachsen früh aufstehen müssen, um u.a. deren Gehälter mit zu erarbeiten. Diese Ungerechtigkeit hat bereits der Sächsische Rechnungshof mehrfach kritisiert. In anderen Bundesländern werden ausrangierte Staatssekretäre an anderer Stelle weiter eingesetzt.“

Kritik an der aufgeblähten Verwaltung prallt allerdings schon seit Jahren an der Landesregierung ab. Nach der letzten Wahl schafften CDU, SPD und Grüne hunderte neue Versorgungsposten in den Ministerien für ihre Partei-Soldaten. Die AfD will die ausufernde Bürokratie wieder verschlanken und unsinnige Ausgaben stoppen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/ausrangierte-staatssekretaere-spitzenbeamte-kassieren-630-437-e-fuers-nichts-tun/>





Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN vom 23.8.2021

Baerbock will über 50.000 Afghanen nach Deutschland holen!

Hilfe Ja – Massenzuwanderung Nein!

Ein verlogener politischer Überbietungswettbewerb nimmt seinen Lauf: Erst sollten es nur 2.000 afghanische Ortskräfte sein, die in Deutschland aufgenommen werden. Dann sprach Kanzlerin Merkel plötzlich von 10.000 Personen. Und nun will Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock mehr als 50.000 Afghanen aufnehmen. Es geht zu wie auf einem Basar! Jeder Möchtegern-Weltretter prahlt mit Maximalzahlen und empfindet dabei offenbar ein berauschendes Glücksgefühl, das von anderen Menschen empfunden wird, wenn der neue Sportwagen eine höhere PS-Zahl anbietet als der des Nachbarn. Um das Schicksal der Menschen geht es hier schon lange nicht mehr, sondern nur um narzisstische Profilierung.



Dabei wäre die Versorgung einer begrenzten Zahl von tatsächlichen Ortskräften durchaus angebracht. Und dies wäre im Grunde auch problemlos verkräftbar – wenn die Bundesregierung zugleich ihre Hausaufgaben machen und illegale sowie kriminelle Zuwanderer rigoros abschieben würde. Doch davon ist die Merkel-Regierung meilenweit entfernt. Zudem deutet sich in zahlreichen Wortmeldungen der Altparteien an, dass der Begriff der „Ortskräfte“ immer mehr ausgeweitet werden soll, sodass wir es am Ende mit einer Massenzuwanderung zu tun haben. So fordert der Staatsminister im Außenministerium, Niels Annen (SPD), bereits eine „breitere Definition von Ortskräften“. Dazu gehörten unter anderem auch alle, die „irgendwann in der Vergangenheit“ Kontakt zu Deutschland hatten. Für die AfD hingegen steht als einziger Bundestags-Partei fest: Hilfe Ja – Massenzuwanderung Nein!

<https://afdkompakt.de/2021/08/23/baerbock-will-ueber-50-000-afghanen-nach-deutschland-holen/>

Flucht vermeiden, Österreichs Beispiel folgen!

Die EU-Innenkommissarin Ylva Johansson fordert im Gespräch mit der ‚Welt am Sonntag‘ die EU-Mitgliedstaaten dazu auf, „ihre Quoten für Umsiedlungen von Flüchtlingen innerhalb des UNHCR-Programms zu erhöhen“, um möglichen Flüchtlingen legale Migrationswege nach Europa zu eröffnen.

Dazu erklärt Tino Chrupalla, Bundessprecher und Spitzenkandidat für die Bundestagswahl:

„Noch bevor massive Fluchtbewegungen aus Afghanistan eingesetzt haben, schwadroniert die Kommissarin von Umsiedlung. Dabei weiß sie ganz genau, dass die Akzeptanz dafür bei vielen



Staaten und unzähligen Bürgern nicht vorhanden ist. Anstatt mit solchen Aussagen für wanderungswillige Afghanen einen Anreiz zur Auswanderung überhaupt erst zu setzen, sollten sich die EU-Kommissare und der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik dafür einsetzen, dass möglichst alle Afghanen in Sicherheit und Einigkeit in ihrem Land leben können. Die EU muss nach der Maxime handeln: Flucht vermeiden und Herkunftsregionen unterstützen!“

Österreichs Bundeskanzler Kurz und der türkische Präsident Erdogan lehnen eine Aufnahme afghanischer Flüchtlinge ab. Kurz begründete dies im Gespräch mit ‚Puls4‘ mit der „besonders schwierigen Integration“ von Afghanen, Erdogan erklärte im Telefonat mit Bundeskanzlerin Merkel, die Türkei könne keine „zusätzliche Belastung“ tragen. Dazu Chrupalla:

„Auch Deutschland kann keine zusätzliche Belastung durch afghanische Flüchtlinge tragen, auch in unserem Land kann von einer erfolgreichen Integration afghanischer Migranten nicht die Rede sein. Wir können daher keinen einzigen Afghanen aufnehmen, dem gegenüber wir keine direkten vertraglichen Verpflichtungen haben. Betrachtet man die hohe Arbeitslosigkeit und Kriminalitätsbelastung afghanischer Asylzuwanderer, kann man Annalena Baerbocks Vorschlag, sofort über 50.000 Afghanen nach Deutschland zu holen, nur ablehnen.

Wir müssen dem Beispiel Österreichs folgen, Europa stärken und an alle wanderungswilligen Afghanen das klare Signal senden: No way!“

<https://www.afd.de/tino-chrupalla-flucht-vermeiden-oesterreichs-beispiel-folgen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 24.8.2021

Vergewaltiger und Drogenhändler kamen mit „Evakuierungs-Maschine“ aus Afghanistan!

Es ist nicht wirklich überraschend: Die völlig chaotische Afghanistan-Politik der Altparteien führt bereits dazu, dass Evakuierungs-Flugzeuge auch von Straftätern als Einreise-Schlupfloch genutzt werden. Wie Medien berichteten, reisten drei Afghanen per Evakuierungs-Maschine ein, die zuvor bereits aus Deutschland abgeschoben wurden – wegen diverser Straftaten wie Vergewaltigung und Drogenhandel. Nach der Landung haben sie dann frech einen erneuten Asyl-Antrag gestellt.



Deutschland.
Aber normal.



Auch das Bundesinnenministerium sieht eine „niedrige einstellige Zahl“ von eingereisten Personen, zu denen bereits polizeiliche Erkenntnisse vorliegen würden. „Die Sicherheitsüberprüfung nach polizeilichen Erkenntnissen zu einer Person“ erfolge erst nach der Ankunft. Doch während das Ministerium das Problem kleinredet, fordern SPD-Politiker

bereits eine Ausweitung der afghanischen Migration über die Ortskräfte hinaus. Schluss mit dieser Blauäugigkeit! Ortskräften muss geholfen werden – doch Straftäter und Scheinflüchtlinge haben in unserem Land nichts zu suchen!

<https://afdkompakt.de/2021/08/24/vergewaltiger-und-drogenhaendler-kamen-mit-evakuierungs-maschine-aus-afghanistan/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 27.8.2021

3G im Bahnverkehr ist Politik der Einkreisung gesunder Bürger

Bundeskanzlerin Merkel will laut Berichten durchsetzen, dass nur noch Geimpfte, Genesene oder Getestete am Zugverkehr teilnehmen dürfen. Das Kanzleramt soll den Verkehrsminister mit der Prüfung einer entsprechenden Regelung beauftragt haben.

Dazu erklärt Tino Chrupalla, Bundessprecher und Spitzenkandidat für die Bundestagswahl:

„3G im Zug bedeutet für Bürger, die sich gegen eine Impfung entschieden haben, aber auf den Bahnverkehr angewiesen sind, täglich teure Tests. Eine Politik der Einkreisung und Schikanie von gesunden Bürger soll anscheinend die verfassungswidrige Impfpflicht ersetzen. Am 26. September können die Bürger dieser selbstherrlichen Politikerkaste die Quittung dafür auf dem Wahlzettel erteilen.“

<https://www.afd.de/tino-chrupalla-3g-im-bahnverkehr-ist-politik-der-einkreisung-gesunder-buerger/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 21./22.8.2021

COVID-19-Fälle steigen über das Vierfache!

Vergleicht man die aktuellen COVID-19-Zahlen des Robert-Koch-Instituts mit den entsprechenden Vorjahreszahlen, wird deutlich, dass die Impfung von bislang über 48 Millionen Menschen in Deutschland keinen positiven Effekt auf die Fallzahlen hat – ganz im Gegenteil!

Im August 2020 lag die Inzidenz bei lediglich 8,5 (Stand 17.8.2020). In diesem Jahr bei 37,4!

Am 17.8.2020 wurden 1.548 neue Corona-Fälle gemeldet, in diesem Jahr am 17. August über 8.700!

Länder mit einer hohen Impfquote, wie beispielsweise Israel, wurden kürzlich sogar zu Hochrisikogebieten erklärt. Gibraltar (Impfquote 100%) meldete gar Inzidenzwerte von weit über 600!



Was also bringt die Impfung?

<https://www.facebook.com/sichertmartin/photos/a.1510391619257066/2637561736540043/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 24.8.2021

Forderung nach jährlich 400.000 zusätzlichen Zuwanderern ist unbegreiflich

Der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele, hat die Bundesregierung aufgerufen, mehr Zuwanderer ins Land zu holen. Deutschland brauche seiner Aussage nach rund 400.000 Zuwanderer pro Jahr.

Dazu sagt der sozialpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, René Springer:

„Der Vorsitzende der Bundesagentur für Arbeit macht sich zum Sprachrohr von Unternehmen, die mithilfe von Zuwanderung die Löhne weiter drücken wollen. Anstatt aus Schaden klug zu werden, wiederholt man die Fehler der Vergangenheit immer wieder. Aktuell sind in Deutschland fast 3,4 Millionen ohne Job und über eine Million Beschäftigte in Kurzarbeit. Mehr als jeder dritte Hartz-IV-Empfänger ist Ausländer.“



Dazu sollen jetzt laut BA-Chef Scheele noch jährlich 400.000 Zuwanderer zusätzlich kommen. Eine unbegreifliche Forderung, angesichts der offenkundig gescheiterten wirtschaftlichen und sozialen Integration von großen Teilen der Zuwanderer und zunehmenden Spannungen in unserer Gesellschaft. Nicht weitere Massenzuwanderung ist die Lösung der Probleme, sondern ein bewusstes Innehalten und Abstellen der bisherigen Misserfolge.

In allererster Linie muss das einheimische Arbeitskräftepotential ausgeschöpft werden. Sollte es zu wenig qualifizierte Arbeitskräfte geben, dann müssen die bereits im Land befindlichen Arbeitskräfte entsprechend qualifiziert werden. Unternehmen sollten außerdem viel stärker auf Digitalisierung und neue Technologien setzen, auch um international nicht den Anschluss zu verlieren.“

<https://afdbundestag.de/springer-forderung-nach-jaehrlich-400-000-zusaetzlichen-zuwanderern-ist-unbegreiflich/>

Corona-Maßnahmen aufheben, statt an ihnen herumdoktern

Zur Ankündigung von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU), die 50er-Inzidenz aus dem Infektionsschutzgesetz zu streichen, teilt die Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alice Weidel, mit:

„Die Streichung der 50er-Inzidenz ist längst überfällig, aber völlig unzureichend. Ich befürchte, dass die Ankündigung nicht mehr als ein Ablenkungsmanöver und eine Beruhigungsspielle zu Beginn der heißen Phase des Wahlkampfes ist.

Wäre es Spahn und der Bundesregierung wirklich ernst damit, auf die Impffortschritte der Bevölkerung und insbesondere der besonders gefährdeten Personen angemessen zu reagieren, dann müssten jetzt viel weitergehende Schritte unternommen werden und für die Zukunft ein weiterer sinnloser und schädlicher Lockdown ausgeschlossen werden. Doch dazu ist Spahn offenbar nicht bereit. Stattdessen doktert er weiter an den völlig überzogenen Corona-Maßnahmen herum.

Die AfD-Fraktion fordert angesichts der Impffortschritte, endlich alle Corona-Maßnahmen aufzuheben und den Bürgern die Verantwortung für ihre Gesundheit wieder in die eigenen Hände zu legen. Die Bundesregierung darf die Bürger beim Kampf gegen Corona nicht länger wie unmündige Kinder behandeln. Sie muss den Bürgern endlich wieder Eigenverantwortung zugestehen und die Freiheitsrechte wieder vollständig und vor allem dauerhaft wiederherstellen.“

<https://afdbundestag.de/weidel-corona-massnahmen-aufheben-statt-an-ihnen-herumzudoktern/>

Bildungspolitiker müssen parteiübergreifend und ohne ideologische Scheuklappen kommende Bildungskrise bekämpfen

Zu den Ergebnissen des aktuellen „18. Bildungsmonitors“ der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) erklärt der bildungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Dr. Götz Frömming:

„Jetzt fordert auch die INSM, was wir, als AfD-Fraktion, schon lange fordern: Es darf keine weiteren Schulschließungen mehr geben – andernfalls wird das Bildungsniveau der Schüler weiter sinken und es werden mehr Schüler die Schule abbrechen. Gerade leistungsschwächere Schüler, zu denen oft genug solche aus sozial schwachen Familien und Familien mit Migrationshintergrund



zählen, brauchen keine digitalen Lernprogramme und keinen konzeptionslosen Onlineunterricht, sondern den direkten Kontakt zu ihren Lehrern, um Lernerfolge zu erzielen.

Jetzt, in der Pandemie, zeigt sich, wie sich die Auswirkungen der verfehlten Konzepte rot-grüner Bildungspolitik verschärfen, die den Schulen überfüllte, multikulturelle Klassen bescherte, in denen ein Großteil der Schüler oft genug nicht ausreichend Deutsch spricht: Nach dem ‚18. Bildungsmonitor‘ sinkt die Schulqualität in Deutschland immer weiter, sind mittlerweile 56 Prozent der Eltern von schulpflichtigen Kindern mit den Lernangeboten unzufrieden, sehen 45 Prozent der Lehrkräfte bei mehr als der Hälfte oder fast allen Schülern massive Lernrückstände. Der Coronakrise in Deutschland droht somit eine Bildungskrise zu folgen.

Angesichts dessen fordere ich die Bildungspolitiker in Bund und Ländern auf, keine weiteren Schulschließungen mehr zuzulassen sowie parteiübergreifend und ohne ideologische Scheuklappen zusammenzuarbeiten, um Wege aus der Bildungskrise zu finden.“

<https://afdbundestag.de/goetz-froemming-bildungspolitiker-muessen-partieuebergreifend-und-ohne-ideologische-scheuklappen-kommende-bildungskrise-bekaempfen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 25.8.2021

Instrumentalisierung der Flutkatastrophe ist erbärmlich

Der Bundestag berät heute in erster Lesung über den Wiederaufbau nach der Flutkatastrophe vom 14./15. Juli 2021. Ein Sondervermögen im Umfang von 30 Milliarden Euro soll geschaffen werden. Der haushaltspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Peter Boehringer, kommentiert wie folgt:

„Auch die hohe Summe von 30 Milliarden Euro kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Unterstützung für den Wiederaufbau – wie bereits die Soforthilfe nach der Flut – mit einiger Verspätung anläuft. Ganz offensichtlich wollen die Koalitionsfraktionen die Bereitstellung der Gelder möglichst nah an die Bundestagswahl heranlegen. Eine derartige Instrumentalisierung dieser Naturkatastrophe, die insgesamt über 190 Menschenleben forderte, ist erbärmlich. Dasselbe gilt für die nachweislich falsche Behauptung, das Hochwasser sei eine Folge des menschengemachten Klimawandels gewesen. Auch entgegen den Darstellungen des Deutschen Wetterdienstes, der keinen Zusammenhang zwischen Flutkatastrophe und Klimawandel erkennt, wird genau dieser Zusammenhang von der Bundesregierung offensiv vertreten. Selbst im Angesicht einer wahrhaftigen Naturkatastrophe versäumt es die Bundesregierung also nicht, mit fadenscheinigen Behauptungen ihre Agenda voranzutreiben. Die drängende Aufgabe des Wiederaufbaus wird indes von denen betrieben, die sich nicht um die Politisierung des Unwetters kümmern.“

<https://afdbundestag.de/boehringer-instrumentalisierung-der-flutkatastrophe-ist-erbaermlich/>

AfD-Fraktion fordert das Ende der Feststellung der epidemischen Lage

Zur heutigen Sondersitzung des Bundestages steht die Abstimmung über die Fortführung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite auf der Tagesordnung. Die Koalition will die erneute Feststellung der epidemischen Lage; die Oppositionsfraktionen bringen verschiedene Anträge zu „Corona-Maßnahmen“ ein. Die AfD-Fraktion beantragt unter anderem die sofortige Beendigung der



Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite. Dazu erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag, Detlev Spangenberg:

„Im Gegensatz zur Koalition sind unserer Ansicht nach die Bedingungen nach §5, Abs.1 Infektionsschutzgesetz (IfSG) nicht gegeben, um die Epidemische Lage festzustellen beziehungsweise diese fortzuführen.“

Nach genauer Betrachtung stimmt die Definition im Gesetz nicht mit der tatsächlichen Lage überein: Laut IfSG §5 Abs.1 liegt eine epidemische Lage von nationaler Tragweite vor, wenn eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Gesundheit in der gesamten Bundesrepublik besteht, weil die Weltgesundheitsorganisation eine gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite ausgerufen hat und die Einschleppung einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit in die Bundesrepublik Deutschland droht oder eine dynamische Ausbreitung einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit über mehrere Länder in der Bundesrepublik droht oder stattfindet.

Diese Bedingungen sind heute nicht gegeben: SARS-CoV-2 verbreitete sich ab Februar 2020 weltweit und wurde im Laufe des ersten Halbjahres 2020 in die Bundesrepublik eingeschleppt. Dieser Vorgang ist lange schon abgeschlossen und die WHO-Einstufung alleine ist laut Gesetz nicht maßgeblich.

Es besteht zudem keine Gefahr für die öffentliche Gesundheit in Deutschland. Wegen COVID-19 ist weder das Gesundheitswesen überlastet noch steht der Öffentliche Gesundheitsdienst an der Überlastungsgrenze.

Wir leben in Deutschland mit dem Virus SARS-CoV2 seit weit über einem Jahr und das wird auch künftig so bleiben. Es wird allenthalben von der vierten Welle geredet; es handelt sich damit um ein Auf-und-Ab einer vorhandenen Infektionskrankheit, nicht aber um die Neueinschleppung oder dynamische Verbreitung.

Bei der weltweiten Entstehung und Ausbreitung von Varianten des Virus handelt es sich nicht um eine neue Krankheit oder deren Einschleppung, wie die Koalition es darstellt. Und das Virus wird künftig weitere Varianten und Mutationen hervorbringen, wie alle Viren es machen.

Zur letzten Sondersitzung des Gesundheitsausschusses, Anfang August, haben sich sowohl Minister Spahn wie auch der Ausschussvorsitzende Erwin Rüdell für ein Auslaufen der epidemischen Lage ausgesprochen. Beide sind also offenbar selbst nicht von dem Fortbestehen der Bedingungen überzeugt.

Eine völlige Beseitigung des Virus war von Beginn an eine Illusion, an die womöglich einige geglaubt haben, aber dies ist auch mit der Impfung oder noch strengen Verboten nicht im Entferntesten zu erreichen.

Die sogenannte Corona-Lage wird sich mittelfristig im Wesentlichen nicht ändern. Damit stellt sich die Frage, wie lange noch nach Ansicht der Bundesregierung vor diesem Hintergrund eine Feststellung der epidemischen Lage aufrechterhalten bleiben soll.“

<https://afdbundestag.de/spangenberg-afd-fraktion-fordert-das-ende-der-feststellung-der-epidemischen-lage/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 26.8.2021

Eine unkontrollierte zivile Luftbrücke aus Afghanistan darf es nicht geben

Zu den Äußerungen der Bundeskanzlerin über den Weiterbetrieb des zivilen Flughafens in Kabul und die Zusicherung der Taliban, Afghanen auch nach dem 31. August ausreisen zu lassen, teilt der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alexander Gauland, mit:

„Wir müssen aufpassen, dass nach dem absehbaren Ende der militärischen Evakuierungsflüge nicht eine permanente zivile Luftbrücke von Kabul nach Deutschland eingerichtet wird. Dadurch würden wir abermals die Kontrolle darüber verlieren, wer zu uns ins Land kommt. Am Ende würde es dann wieder heißen: ‚Nun sind sie halt da.‘

Die Unterbringung von Afghanen, die nicht unter den Taliban leben können oder wollen, muss vornehmlich in der Region erfolgen. Es darf keine unkontrollierte Zuwanderung von Afghanen nach Deutschland geben. Wenn schon bei den derzeitigen Evakuierungsflügen der Bundeswehr die Identitäten der Fluggäste nicht oder nur unzureichend kontrolliert und dadurch sogar abgeschobene Straftäter wieder nach Deutschland geholt werden, mag man sich gar nicht vorstellen, wer alles in die zivilen Linienmaschinen steigen würde, wenn in Kabul keinerlei Kontrollen mehr durch deutsche Behördenvertreter stattfinden. Eine zivile Luftbrücke wäre eine Einbahnstraße: Denn wer es erst einmal nach Deutschland geschafft hat, wird das Land angesichts des von Innenminister Horst Seehofer verhängten Abschiebestopps nach Afghanistan auf absehbare Zeit auch nicht mehr verlassen – egal was er auf dem Kerbholz hat.

Wer es ernst meint mit dem Satz ‚2015 darf sich nicht wiederholen‘, darf eine unkontrollierte zivile Luftbrücke aus Kabul nach Deutschland nicht zulassen.“

<https://afdbundestag.de/gauland-eine-unkontrollierte-zivile-luftbruecke-aus-afghanistan-darf-es-nicht-geben/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 27.8.2021

Deutschland sollte Türkei bei der Grenzsicherung unterstützen

Die AfD-Bundestagsabgeordneten Beatrix von Storch (stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Mitglied im Innenausschuss), Siegbert Droese (Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union) und Paul Viktor Poloday (Mitglied und Auswärtiger Ausschuss) haben sich diese Woche bei einem gemeinsamen Besuch in der Türkei vor Ort über die drohende afghanische Flüchtlingswelle informiert. Bei dem Besuch der AfD-Bundestagsdelegation ging es um die Situation an der türkisch-iranischen Grenze und der steigende Migration aus Afghanistan über den Iran in die Türkei.

Siegbert Droese:

„Derzeit kommen täglich bereits 500 bis 1000 afghanische Flüchtlinge über die türkisch-iranische Grenze. Es wird erwartet, dass die Zahl bald deutlich ansteigt. Die von Horst Seehofer genannte Zahl von möglichen fünf Millionen afghanischen Flüchtlingen wurde uns von dem Abgeordneten für die Region Van, der zentralen ersten Sammelstelle eines Großteils der Afghanischen Flüchtlinge, bestätigt.“



Paul Podolay: „Die Lage ist heute so wie im Frühjahr 2015 – vor der großen Migrationswelle in die Bundesrepublik. Die Fehler von damals dürfen wir nicht wiederholen.“

Beatrix von Storch:

„Die Grenzsicherung muss jetzt absolute Priorität besitzen, um einen zweiten Herbst 2015 unbedingt zu verhindern. Deutschland sollte zu diesem Zweck die Grenzsicherung der Türkei unterstützen, die die Mauer dort weiter ausbaut, und selbst wieder an seiner Grenze abweisen. Wir fordern von der Bundesregierung eine Initiative, den Globalen Pakt für Migration durch einen Globalen Pakt für sichere Grenzen zu ersetzen. Sichere Grenzen sind die Grundvoraussetzung für Stabilität und Frieden. Das zeigt sich hier in der Türkei ganz deutlich.“

<https://afdbundestag.de/storch-droese-podolay-deutschland-sollte-tuerkei-bei-der-grenzsicherung-unterstuetzen/>

Video-Empfehlungen

Wahlwerbespots der Alternative für Deutschland in Funk und Fernsehen

<https://www.afd.de/wahlspots/>

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament



Alle Videos der AfD-Fraktion im EU-Parlament finden Sie hier:
<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Meldungen aus Deutschland und der Welt

Vermischtes aus Deutschland und der Welt

40 Kilometer lang: Die neue Grenzmauer der Griechen ist fertig

<https://exxpress.at/40-kilometer-lang-die-neue-grenzmauer-der-griechen-ist-fertig/>

Der Bundesverfassungsschutz lässt sich politisch instrumentalisieren

<https://www.nzz.ch/meinung/bundesverfassungsschutz-laesst-sich-politisch-instrumentalisieren-id.1640849>

Informationen zum Coronavirus

Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard

<https://experience.arcgis.com/experience/478220a4c454480e823b17327b2bf1d4>

Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard

<https://gisanddata.maps.arcgis.com/apps/opsdashboard/index.html?fbclid=IwAR1YrifY296A08qQRaG58QD1QjNtpCUDVQJ2eC0qMURm1WtQkUQQ9Hjx2Gq#/bda7594740fd40299423467b48e9ecf6>

Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands

<https://www.intensivregister.de/#/intensivregister?tab=kartenansicht>

Herzstillstand! Deutscher stirbt am Strand von Mallorca

<https://www.bild.de/news/ausland/news-ausland/19-jaehriger-spuckte-blut-herzstillstand-deutscher-stirbt-am-strand-von-mallorca-77454814.bild.html>

"Nichtgeimpfte müssten in letzter Konsequenz zu Hause bleiben" – Debatte um "2G" nimmt Fahrt auf

<https://de.rt.com/inland/122931-nichtgeimpfte-mussten-in-letzter-konsequenz/>



Corona-Infos für Sachsen

Sächsische Corona-Schutz-Verordnung

<https://www.coronavirus.sachsen.de/amtliche-bekanntmachungen.html>

Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen

<https://www.landkreis-bautzen.de/corona-pandemie-im-landkreis-bautzen.php>

Corona-Statistik Landkreis Bautzen

https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1bMZYK_32xIQP_b-kkGdeBijXTmn-qkAt&ll=51.2527260461296%2C14.289679554517463&z=9

Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“

Abgeschobener Straftäter mit Evakuierungsfieger aus Kabul nach Deutschland gebracht

<https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/strafataeter-evakuierungsflug-kabul/>

Baerbock will mindestens 50.000 Afghanen nach Deutschland holen

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2021/baerbock-afghanistan-migranten/>

Bautzen: Angriff auf Seniorin – Zeugen gesucht



https://lausitznews.de/artikel/angriff-auf-seniorin-zeugen-gesucht_13442.html



Fakten in Bildern

Entscheidungshilfe zur Bundestagswahl

	AfD	CDU	SPD	LINKE	FDP	Grüne
Grenzen sichern und kontrollieren	JA	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN
GEZ abschaffen oder reformieren	JA	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN
Unbegrenzte Aufnahme v. Asylbewerbern	NEIN	JA	JA	JA	JEIN	JA
Kindererziehung bei Rente anrechnen	JA	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN
Erhöhung der Strompreise durch EEG	NEIN	JA	JA	JA	JEIN	JA
Schulden anderer Länder zahlen	NEIN	JA	JA	JA	JA	JA
Linksextremismus bekämpfen	JA	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN
Der Islam gehört zu Deutschland	NEIN	JA	JA	JA	JA	JA
Volksentscheide auf Bundesebene	JA	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN
EU reformieren oder verlassen	JA	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN





! Achtung Fake News !

Es wird behauptet und rasch verbreitet, das Bundesministerium für Gesundheit / die Bundesregierung würde bald massive weitere Einschränkungen des öffentlichen Lebens ankündigen. Das stimmt NICHT! Bitte helfen Sie mit, ihre Verbreitung zu stoppen.



11:55 vorm · 14. März 2020 · Twitter Web App



Achtung Satire!

.. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns niemals verbieten!



Sawsan Chebli 
@SawsanChebli



...

Ich war heute Bundestag. Saß auf der Bundesratsbank. Links von mir die AfD. Es sind krass viele, die da sitzen. Und sie sind laut, grölen und geben schlimmen Rassismus von sich. Mir wurde bei der Rede von [#Gauland](#) schlecht. Hoffe, sie haben im nächsten Bundestag weniger Macht.

15:45 · 25.08.21 · [Twitter for iPhone](#)



Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Friedrichsstr. 9
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen